No. 467. — 56. Jahrgang.

Sonntag, 4. Oktober 1908

Erscheint täglich zweimal: Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin:
75 Pf. monatlich
frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25
Abonnementspreis für auswärts
bei Bezug durch die Post:
monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40
Insertionspreis für die Zeile 40 Pf.
Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Kleine Anzeigen: das Wort . . . 4 „
Das fette Ueberschriftswort . . . 10 „

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Morgen-Ausgabe

Haupt-Expedition:
SW. Jerusalemer Straße 46/49
Telephon: Amt Ia Nr. 10431–10446.
Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Wienerstr. 1–6, Petersburgerstr. 2, Große Frankfurterstr. 31 u. Gr. Frankfurterstr. 67, Jnvalidenstr. 81, Schiffbauerdamm 1, Schützenstr. 27 (am Weddingplatz), Königstr. 56/57, Rathenowerstr. 3 (gegenüber d. Kriminalgericht), Potsdamerstr. 33, Bayreutherstr. 36, Leipzigerstr. 103, Blücherstr. 69 (Ecke Johannistisch), Ritzdorf, Berlinerstr. 41 (Ecke Münchenerstr.), Schönebergerstr. 15a, Charlottenburg, Kantstr. 34, Pankow, Berlinerstr. 13b, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, Königs-Chaussee 61b.

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Sparsamkeit.

Es geschehen Zeichen und Wunder! Jetzt, wo die Finanzkalamität des Reiches so groß geworden ist, daß sie sich durchaus nicht mehr verschleiern lassen will, jetzt fangen sogar reaktionäre Blätter an, von sparsamer Wirtschaft zu reden! Bisher haben sie die Mahnung zur Sparsamkeit in der Reichs- und Staatsverwaltung lediglich der oppositionellen Presse überlassen; oder sie haben dieser Presse den Vorwurf unverständigen Nörgelns gemacht, wenn sie beispielsweise die im Militärwesen vielfach betriebene Verschwendung nach Gebühr tadelte. Nunmehr aber redet sogar die — „Kreuzzeitung" der Sparsamkeit im Reichshaushalt das Wort! So ändern sich die Dinge unter dem Druck der Zeiten! Not lehrt nicht bloß beten, sie lehrt auch rechnen bis in die konservativen Kreise hinein, die sonst für die höhere, meist junkerliche Bureaukratie und das geliebte Militär nicht Milliarden genug bewilligen konnten.

Sehr richtig bemerkt ganz im allgemeinen die „Kreuzzeitung" in ihrer gestrigen Abendnummer:

„Viele Posten im Reichshaushaltsetat erscheinen in unangemessener Höhe. Freilich ist da der Reichstag meist nicht in der Lage, die Angemessenheit der beantragten Summen nachzuprüfen. Auch die Vertreter des Bundesrates können das nicht. Darum ist es die Aufgabe des Reichskanzlers, auf die Ressortchefs zu drücken, daß sie ihrerseits nicht unberechtigtem Ressortpartikularismus huldigen und mit eiserner Faust auf Sparsamkeit in allen Zweigen ihrer Verwaltung halten, auch an der Zentralstelle selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Ein Chef, der das nicht will oder nicht kann, ermangelt einer notwendigen Vorbedingung für seinen Posten. Eine Unsitte ist es, ständig wiederkehrende, aber nicht von einem Jahr aufs andere übertragbare Etatsansätze am Jahresschlusse für allerlei nützliche oder angenehme, aber nicht notwendige Nebendinge „aufzubrauchen", nur, um nicht in dem Lichte zu erscheinen, als habe man zuviel gefordert." (!)

Auf einen sehr bedeutsamen, von der unabhängigen oppositionellen Presse unzählige Male berührten Gesichtspunkt kommt die „Kreuzzeitung" zu sprechen, indem sie das unheimliche Anschwellen des Offizierpensionsetats hervorhebt.

„Trotz der zunehmenden Verlängerung der Reichstagstagungen hat doch", sagt das Blatt, „die Prüfung des Haushaltsetats an Gründlichkeit nicht gewonnen. Die Budgetkommission hätte sonst an manchen Positionen Anstoß nehmen und Richtlinien für ihre planmäßige Ermäßigung aufstellen müssen. Auch hierfür ein paar Beispiele. Der Pensionsfonds weist für 1908 die ungeheuerliche Summe von 110,382,550 Mark auf. Hiervon entfallen auf die Zivilverwaltung nur 2,886,775 Mark, alles andere auf Armee und Marine. Nun soll die Notwendigkeit, die Führer unserer Streitkräfte zu Lande und zu Wasser körperlich und geistig leistungsfähig zu erhalten, nicht im entferntesten bestritten werden. Aber der Reichstag hätte es längst erkennen und aussprechen müssen, daß es doch nicht nötig sei, ein so großes Kapital von angezogenem Pflichtgefühl, Lebenserfahrung, Menschenkenntnis und Wissen, wie es in dem verabschiedeten Teile des deutschen Offizierkorps aufgespeichert ist, brach liegen zu lassen."

Gewiß ist durch die frühzeitige Pensionierung von zahlreichen Offizieren im besten Mannesalter viel Tüchtigkeit und viel Arbeitskraft brachgelegt. Aber müssen denn die Offiziere der mittleren Chargen haufenweise pensioniert werden, weil sie aus wer weiß welchem Grunde einmal im Aufsteigen übergangen sind? Oder können nicht Hunderte von Hauptleuten, Majors, Oberstleutnants, Obersten usw. noch viele Jahre in ihren Stellungen verbleiben, auch wenn man sie nicht weiter aufsteigen lassen will? Nimmt etwa jeder Jurist seinen Abschied, wenn er im bestimmten Dienstalter nicht Landgerichtsdirektor oder Landgerichtspräsident geworden ist? Muß denn ein vierzigjähriger Hauptmann in die Wüste geschickt werden, weil er wider seinen Willen „an der Majorsecke" gescheitert ist, nur weil er vielleicht das unbegründete Mißfallen eines ihm nicht wohlgesinnten Vorgesetzten erregt hat?

Freilich ist es der „Kreuzzeitung", die nun einmal aus ihrer militaristischen Haut nicht ganz heraus kann, weniger darum zu tun, daß durch ein größeres Maßhalten in der Pensionierung der unteren und mittleren Chargen der Pensionsetat vermindert wird, als darum, daß die verabschiedeten Offiziere in weit größerem Umfange als bisher in die Zivilverwaltungen gesteckt werden. Als ob nicht schon mehr als genug die Zivilbeamten durch die Dazwischenkunft der in jeder Beziehung bevorzugten Offiziere a. D. geschädigt würden! Beispielsweise ist es keineswegs eine große Freude für die Postbeamten, nach zwanzig- oder fünfundzwanzigjähriger Dienstzeit, nachdem sie selbst den Anspruch auf eine Postdirektorstelle mehr als reichlich verdient haben, plötzlich einen Hauptmann a. D. als Postdirektor einrangiert zu sehen, der nach nur einjähriger Beschäftigung im Postdienst für fähig gehalten wird, ein Postamt I. Klasse zu leiten! Man fängt also das Ding beim verkehrten Ende an, wenn man unter den Offizieren erst munter drauf los pensioniert und hinterher die Zivilbeamten in noch stärkerem Maße als bisher in ihrem Fortkommen geschädigt zu sehen wünscht. Die einzig richtige Sparsamkeit ist in diesem Falle die, daß man jeden Offizier solange im Heere in irgendeiner Stelle beläßt, wie seine Kräfte ausreichen, auch wenn er nicht zu denen gehört, die man in die Generalcharge aufrücken lassen kann!

Sehr treffend weist dagegen die „Kreuz-Zeitung" auf die ungeheuer hohen Etats für die Reisekosten der höheren Offiziere und Beamten hin. Daß hier sehr große Ersparnisse gemacht werden können, haben wir seit einer Reihe von Jahren an vielen Beispielen nachgewiesen. Ferner erklärt die „Kreuz-Zeitung" inbezug auf ein ähnliches Kapitel:

„Es würde zu weit führen, hier auch noch das Kapitel der Zulagen, Verpflegungs-, Verfestungsgelder und dergleichen mehr zu berühren. Es genügt zu bemerken, daß der Reichstag, da er bei allen diesen als Positionen im Etat erscheinenden Dingen das Mitbewilligungsrecht besitzt, auch berechtigt ist, zu dem materiellen Inhalt aller Reglements und Dienstvorschriften, die die hier angedeuteten Materien im einzelnen regeln, ein Wort mitzureden. Ein Wunder ist, daß er sich dies bisher hat entgehen lassen, darin liegt eine wichtige Handhabe, um die vielen persönlichen Extrabedürfnisse (?) auf ein verständiges und erträgliches Maß zu vermindern.

Wenn hier zur Erzielung größerer Sparsamkeit vorzugsweise auf die persönlichen Bezüge und Gebührnisse verwiesen ist, so geschah es nicht etwa, weil auf diesem Gebiete bei der Höhe des Reichshaltsetats stark, das heißt nach vielen Millionen ins Gewicht fallende Abstriche ermöglicht werden könnten, sondern weil es vor allen Dingen darauf ankommt, in jedem einzelnen für eine weise Oekonomie der wirtschaftlichen Kräfte den Sinn und das Verständnis zu wecken, die zum Teil verloren gegangen sind, zum Teil noch nie vorhanden waren. Die gegenwärtige Finanznot ist nicht allein, wie man heute glauben machen will, durch das Zurückbleiben der Einnahmen gegenüber den Ausgaben entstanden, sondern zum nicht unwesentlichen Teile auch durch den Mangel an Wirtschaftlichkeit."

Es sind bittere Worte, die hier der höheren Bureaukratie in Zivil und Uniform gesagt werden, sofern sie auf Regimentsunkosten unter Verleugnung des erforderlichen Sparsamkeitssinnes sich ihre „persönlichen Extrabedürfnisse" befriedigen läßt. Aber das konservative Blatt muß wohl seine Gesinnungsgenossen in den höheren Stellen gut kennen, sonst würde es dergleichen Vorwürfe und Mahnungen nicht aussprechen. Etwas anderes ist es, ob diese Mahnungen helfen werden . . .

Soviel steht fest: Würde in allen Verwaltungen von oben herab mit der nötigen Energie auf eine sparsame Wirtschaft gedrängt werden, man könnte Millionen und Abermillionen ersparen, über deren Herbeischaffung sich Herr Sydow jetzt graue Haare wachsen läßt, und die schließlich der Steuerzahler bezahlen muß, der von den kostspieligen Reisen, den prunkvollen Dienstwohnungen und mancherlei an den luxuriösen Gepflogenheiten der höheren Bureaukratie nichts hat als das Bewußtsein, daß er das Geld dazu hergeben muß.

Herr Studt,

der frühere preußische Kultusminister und Ausführer Althoffscher und Schwarzkopffscher Pläne, wird am 5. Oktober 70 Jahre alt. Die liberale öffentliche Meinung hat Herrn Studt aus seinem Amte fortbewegt; man kann ihn deswegen jetzt, da er pensioniert ist, schonen. Ueberdies loben ihn zu seinem 70. Geburtstage der orthodoxe „Reichsbote" und die ultramontane „Germania" um die Wette wegen seiner Verdienste um die ihnen beiden verwandte Geistesrichtung und um die Verkirchlichung der Volksschule, die unter Herrn Studt wieder große Fortschritte gemacht hat. Die „Germania" versteigt sich zu dem Satze: „Jedenfalls ist das positive Ergebnis der Aera Studt für Staat und Volk heilsamer gewesen als die Leistungen der liberalen Aera Falk." — Das genügt!

Die Kriegervereinserlasse.

Die halbamtliche „Berl. Korr." erklärt:

In den letzten Tagen ist in mehreren Zeitungen von zwei angeblichen „Geheim"-Erlassen des Kriegsministeriums in Angelegenheiten der Kriegervereine die Rede gewesen.

Es darf darauf hingewiesen werden, daß die beiden fraglichen Erlasse vom 13. Januar 1892 Nr. 67. 12. 91 C 8 II. Angabe und vom 13. November 1903 Nr. 466. 11. 03 Z.I. II. Angabe in keiner Weise als „geheim" bezeichnet oder unter „Geheim" ergangen sind. Keiner der Erlasse trägt die in einer Zeitung erwähnte Ueberschrift „betreffs Verpflichtung der Offiziere des Beurlaubtenstandes usw. zur Beteiligung an der Förderung des Kriegervereinswesens."

Alle an den geheimen Charakter der Erlasse geknüpften mehr oder minder scharfsinnigen Schlußfolgerungen fallen daher in sich zusammen.

Auch eine am 1. Juni 1906 in gleicher Angelegenheit erlassene Verfügung ist nicht als „geheim" ergangen.

Alle drei Erlasse bezwecken, was sich aus ihrem Inhalt auch klar ergibt, lediglich die Förderung des Kriegervereinswesens ohne irgendwelche Ausübung des Zwanges.

Dann haben diejenigen Bezirkskommandos, die die ihnen unterstellten Reserveoffiziere dienstlich zum Anschluß an die Kriegervereine aufforderten, eigenmächtig gehandelt. Es bedarf also, um im Stile des halbamtlichen Organs zu sprechen, keiner „mehr oder minder scharfsinniger Schlußfolgerungen" aus dieser Tatsache, um der bestimmten Erwartung Ausdruck zu geben, daß die betreffenden Bezirksoffiziere wegen der Ueberschreitung ihrer dienstlichen Befugnisse zur Rechenschaft gezogen werden. Der Herr Kriegsminister wird hoffentlich Gelegenheit finden, im Reichstage eine dahingehende Erklärung abzugeben.

Das Avancement des Kronprinzen.

In den militärischen Kreisen Breslaus verlautet, wie von dort berichtet wird, daß der Kronprinz am nächsten Geburtstage des Kaisers zum Oberst und Kommandeur des in Breslau garnisonierenden 11. Grenadierregiments, dessen Chef die Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen ist, ernannt werden soll. Der Kronprinz wird dann, wie es weiter heißt, im königlichen Schlosse zu Breslau Wohnung nehmen. — Auch der nachmalige Kaiser Friedrich war als Kronprinz in den Jahren 1852 bis 1854 Oberst und Kommandeur des 11. Grenadierregiments in Breslau.

Die Kritik am Block.

Die Einsicht, daß die Teilnahme an der Blockpolitik für jeden entschieden Liberalen nachgerade kompromittierend wirkt, bricht sich in immer weiteren Kreisen Bahn. Aus Bremerhaven wird gemeldet:

Im Verein der Freisinnigen für die Unterweserorte sprach am Mittwoch der Vorsitzende J. Cordes über die innerpolitische Lage. Unter besonderer Anlehnung an die „Fälle" Hansen und Schücking führte er aus:

„Der Liberalismus kann einen Reichskanzler und Minister des Jnneren und des Unterrichtes nicht mehr unterstützen, die entweder nicht den Willen oder die Macht haben, die verfassungsmäßigen Bürgerrechte für alle gleichmäßig zu sichern. Die Blockpolitik muß zu Ende sein, wenn hier nicht volle Remedur geschaffen wird. Ein Liberalismus, der es sich bieten läßt, daß seine Ansicht als „unwürdig" hingestellt wird, gibt sich selbst auf."

Zur Reichsfinanzreform formulierte und begründete der Redner folgende Forderungen: Aufhören der Anleihen- und Schuldenwirtschaft, größere Sparsamkeit in Verbindung mit einem verstärkten Kontrollrecht des Reichstages, gerechtere Verteilung der Steuern nach der Leistungsfähigkeit und Berücksichtigung der sozialen und wirtschaftlichen Wirkung der Steuern. Und wiederum schloß der Redner: „Es würde unverzeihlich und von schwerwiegenden Folgen für den Freisinn sein, wenn er nicht gegen neue Steuern neue Volksrechte eintauschen würde."

Schließlich wurde folgende Resolution vorgeschlagen:

„Wir betrachten die Maßregelungen liberaler Beamten und den Fall Schücking als ein Symptom der Verkümmerung staatsbürgerlicher Rechte und fordern die liberalen Fraktionen des Reichstages und des Landtages zur energischen Stellungnahme auf. Man kann nicht im Reich die Blockpolitik vertreten, wenn in Preußen der Liberalismus, wie im Falle Schücking und anderen Maßregelungen, mißhandelt wird."

Diese Resolution fand einstimmige Annahme.

Das sollte selbst den unverbesserlichsten Eiferern für die Blockpolitik zu denken geben!

Immer schneidig!

Auf dem zurzeit in Stettin tagenden Pommerschen Provinziallehrertag ist es im Anschluß an die „Affäre Juds" zu einem interessanten Zwischenfall gekommen. Bei Beginn der ersten Delegiertenversammlung am Donnerstag hatte sich einer der Delegierten erhoben, um in einer kurzen Ansprache zu erklären, daß die pommersche Lehrerschaft allezeit treu zu ihrem Vorsitzenden, dem gemaßregelten Kolberger Rektor Juds halten werde. Darauf brach unter den anwesenden 1500 Lehrern ein Beifallssturm aus. Rektor Juds leitete die weiteren Verhandlungen. In ihrem Verlauf nun konstatierte einer der Redner, Pastor D. Müller-Stettin die Tatsache, daß die Regierung zum ersten Male bei diesen Verhandlungen nicht vertreten sei und glaubte, diese Tatsache mit dem „Fall Juds" in Zusammenhang bringen zu dürfen. Die Regierung, so ungefähr führte er aus, habe zwar auf die ergangene Einladung erklärt, sie sei zu sehr mit Arbeit überhäuft, um dieser Einladung Folge leisten zu können; an diesen Grund glaube man indessen in Lehrerkreisen nicht recht. Es wirke befremdend, daß die Regierung die beste Gelegenheit versäume, sich über die Wünsche und Forderungen der Lehrer objektiv zu unterrichten. Offenbar scheue die Regierung die Aussprache mit den Lehrern.

Diese milde und höfliche Bemerkung tat prompt ihre Wirkung: am anderen Tage bei der zweiten Delegiertenversammlung war die arme, „mit Arbeit überhäufte" königliche Regierung vertreten, und ihr Repräsentant, der Oberregierungsrat v. Falkenthal trat dem kühnen Pastor sogar mit einer geharnischten Erklärung entgegen. Er führte folgendes aus:

„Meine Herren! Nach den gestrigen Zeitungsberichten hat in dieser Versammlung Herr Pastor Müller gestern das Wort gesagt: „Ich bedaure, daß die Herren von der Regierung nicht hier sind, sie haben wohl Angst". Mit Herrn Pastor Müller wird sich die königliche Regierung wegen dieser schweren öffentlichen Beleidigung an anderer Stelle auseinandersetzen. Hier interessiert die weitere Zeitungsnotiz, die von der Versammlung „stürmischen, langanhaltenden Beifall" notiert. Meine Herren! Daß Sie sich dadurch an einer schweren Invektive, einer schweren Herabsetzung Ihrer vorgesetzten Behörde beteiligt haben, erwähne ich nur beiläufig, denn ich glaube, der Respekt vor der vorgesetzten Behörde ist wohl nicht mehr ganz modern. Ich möchte aber meinen, daß die Tatsache, daß Sie sich durch Ihren Beifall an einer Herabsetzung und Verleumdung beteiligt haben, jedem einzelnen von Ihnen bei näherer Betrachtung nicht zulässig erscheinen wird. Ich